

Wirtschaft



Rekordgewinn
Die Migros hat 2010 ihr bislang bestes Ergebnis erwirtschaftet. 13

Gewährt die Bank den Kredit nicht, hilft die Saffa mit einer Bürgschaft

Egal ob Küchenladen oder Tierpraxis: Mithilfe der Bürgschaftsorganisation Saffa erhalten auch KMU ohne Sicherheiten einen Bankkredit. Einen Antrag können nur Frauen stellen.

Nicole Tesar

Die 54-jährige Pflegefachfrau hat einen Traum. Cornelia Minder ist Ausbildungsverantwortliche für Pflegefachpersonal am Lindenhof-Spital. Daneben näht sie ihre Kleider selber, schliesst eine Farbdesign-Ausbildung ab und kocht gerne. Sie träumt vom eigenen Geschäft. Als ein Bekannter erzählt, er liquidiere seinen Küchenladen an der Gerechtigkeitsgasse in Bern, weiss sie: «Das ist meine Chance.»

Einen grossen Dämpfer erfährt Minder, als sie bei der Migros-Bank für den Kaufpreis von 175 000 Franken einen Kredit beantragt. Die Bank sieht in ihrem Businessplan wenig Chancen auf Erfolg und lehnt ab. Die Migros-Bank selbst rät Minder, sich bei der Bürgschaftsorganisation Saffa um eine Bürgschaft zu bewerben. Im positiven Fall erhalte sie den gewünschten Kredit.

Die Saffa ist eine von vier staatlich anerkannten Bürgschaftsgenossenschaften in der Schweiz. Im Gegensatz zu den anderen Organisationen ist sie schweizweit tätig und steht ausschliesslich Frauen offen (siehe kleinen Text unten). Die Saffa entstand aus der Schweizerischen Ausstellung für Frauenarbeit im Jahr 1928 in Bern und wurde 1931 unter dem gleichen Namen gegründet. Aus dem Gewinn der Ausstellung verbürgte die Saffa damals erste Bankkredite. Vergangenes Jahr betrug ihre Bürgschaftssumme 2,5 Mio. Franken. Die einzelnen Beträge schwanken zwischen 10 000 und dem Maximalbetrag von 120 000 Franken.

50 000 Franken als Polster

Cornelia Minder fällt einen Entschluss. Sie lässt sich ihre Pensionskasse auszahlen und bezahlt den Kaufpreis für das Geschäft ihres Bekannten in bar. Damit ist sie Besitzerin vieler Pfannen aus Chromstahl, zahlreicher Vitrinen, der Gestelle und sonstiger Küchenutensilien. Minder entscheidet sich gegen einen Bankkredit, weil ihr die Begeisterung des Finanzinstituts für ihr Geschäft fehlt. «Ich weiss nicht, ob man Freude von einer Bank erwarten kann», sagt sie selbstkritisch. Sie verfügt durch ihren Entscheid über keine Reserven. Deshalb beantragt sie bei der Saffa eine Bürgschaft in der Höhe von 50 000 Franken. «Ich wollte ein Polster, falls die Geschäfte ein oder zwei Monate schlecht laufen oder ich krank werden sollte.»

Dem Gesuchsformular legt sie einen Betriebsregister-Auszug, einen detaillierten Lebenslauf, den Mietvertrag für das Geschäftslokal, eine Finanzierungsübersicht und den Businessplan bei. Bei ihrem Vorstellungsgespräch stellen die acht Frauen von der Saffa-Verwaltung Fragen zu Motivation, der konkreten Umsetzung der Zahlen und dazu, wie sie das Geschäft ankurbeln wolle. Der wohlwollende und interessierte Umgang habe ihr gut getan und sie bestärkt, sagt Minder.



Die Bank zeigte keine Freude an ihrem Küchenladen - die Saffa-Frauen taten es: Die Bernerin Cornelia Minder. Foto: Valérie Chételat

Letztes Jahr entsprach die Saffa 21 von 35 eingereichten Gesuchen. Im Verlustfall trägt die Saffa 35 Prozent der abgeschriebenen Bürgschaften. 65 Prozent trägt der Bund. Die Ausfallquote betrage rund 5 Prozent der Bürgschaftssumme, sagt Saffa-Geschäftsführerin Andrea Theunert. Die Geschäftsstelle befindet sich seit zwei Jahren in Basel; das hängt

mit dem Arbeitsort der aktuellen Geschäftsführerin zusammen. Davor war die Geschäftsstelle in Bern. Aufgrund der Berner Wurzeln der Saffa kommt nach wie vor ein grosser Teil der Gesuche aus diesem Raum. Finanziert wird die Saffa über einen Verwaltungskostenbeitrag des Bundes, fixe Beiträge aus Leistungsvereinbarungen mit den Kan-

tonen Bern und Basel und variable Beiträge zahlreicher Kantone wie Zürich. Zudem erhebt die Saffa eine jährliche Prämie von 1 Prozent der verbleibenden Bürgschaftssumme.

Bürgschaft für die teuren Geräte

Die Kreditkonditionen sind unterschiedlich - je nach Bedürfnis der Gesuchstellerin. Silke Frohloff (45) etwa betreibt in Gstaad eine Tierpraxis. Sie erhielt 2008 von der Saanen Bank einen Kredit im Umfang von 130 000 Franken. Die Bank beschränkte die Summe auf diesen Betrag. Das reichte jedoch nicht für die Beschaffung der teuren Geräte (für Ultraschall, EKG, digitales Röntgen) und die Einrichtung des Labors. Deshalb beantragte Frohloff bei der Saffa eine Bürgschaft von 50 000 Franken. Nach dem positiven Entscheid gewährte ihr die Freie Gemeinschaftsbank Basel den Kredit. Zins: 4,75 Prozent, jährliche Amortisation: 8000 Franken.

Küchenladen-Besitzerin Cornelia Minder erhält die Bürgschaft von 50 000 Franken von der Saffa. Im Bedarfsfall gewährt ihr die Migros-Bank den Kredit. Bisher musste sie davon nicht Gebrauch machen. Jährlich vermindert sich die Bürgschafts- und Kreditsumme um 8000 Franken. Zinsen muss sie der Bank keine bezahlen.

Studie Bürgschaften helfen Stellen schaffen und erhalten

Kleine Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitenden und ohne finanzielle Sicherheit haben es schwer, bei Banken einen Kredit zu erhalten. Abhilfe schaffen die drei staatlich anerkannten Bürgschaftsgenossenschaften - **Region Mitte mit Sitz in Burgdorf, Region West (Pully VD) und Region Ost (St. Gallen)**. Sie gingen nach der Revision des Bürgschaftsgesetzes 2007 aus den ursprünglich schweizweit 10 Bürgschaftsorganisationen hervor. Der Höchstbetrag einer Bürgschaft beträgt 500 000 Franken. Das Prinzip: Gewährt eine Bürgschaftsorganisation eine Bürgschaft an ein KMU, hat die Bank kein Ausfallrisiko für den Kredit. Das Risiko trägt zu 35 Prozent die Bürgschaftsorganisation und zu 65 Prozent der Bund. Vor der Revision übernahm der Bund 50 Prozent der abgeschrieben Bürgschaften. 2010 betrug die Ausfallquote 4,4 Prozent der Kreditsumme.

Der Bund bezahlt zudem 3 Millionen Franken an die Verwaltungskosten der Bürgschaftsorganisationen. Eine jüngst erschienene Studie des Wirtschaftsberatungsunternehmens Ernst & Young stellt dem Bürgschaftswesen ein gutes Zeugnis aus. Seit der Neukonzeption konnte der Bestand an Bürgschaften rund verdreifacht werden: **Die verbürgten Kredite beliefen sich Ende 2010 auf 215 Mio. Franken**. Darin enthalten sind 2,5 Mio. der Saffa, der einzigen schweizweit und ausschliesslich für Frauen tätigen Bürgschaftsorganisation. Mit der Revision sind auch die Grossbanken UBS und Credit Suisse wieder ins Bürgschaftswesen eingestiegen. Ernst & Young schreibt, dass dank den Aktivitäten der KMU-Bürgschaftsgenossenschaften in der Schweiz rund **17 000 Arbeitsplätze** nachhaltig sichergestellt oder neu geschaffen werden konnten. (nt)

Chefwechsel bei Scout 24 in Flamatt

Firmengründer Daniel Grossen gibt die operative Geschäftsleitung des Internetportals Scout 24 in Flamatt ab. Als Delegierter des Verwaltungsrates wird sich der 46-Jährige weiterhin um die strategische Ausrichtung kümmern. Er bleibt zudem Verwaltungsratspräsident der Dachgesellschaft Media Swiss AG. Neuer Geschäftsleiter von Scout 24 wird der Betriebswirtschaftler Olivier Rihs. Er arbeitet seit acht Jahren im Unternehmen.

Grossen gehört zu den Schweizer Internetpionieren: Im Jahr 1995, als dieses Medium noch praktisch unbekannt war, gründete er die Firma Xmedia, weil er der Onlinewerbung grosse Chancen einräumte. In den folgenden Jahren baute er die Scout-Familie mit Plattformen wie Autoscout 24, Immoscout 24 und Jobsout 24 auf. Sie zählen heute zu den führenden Online-Marktplätzen der Schweiz: Laut Grossen werden 80 Prozent der Occasionsautos über Autoscout 24 verkauft. Im Frühjahr 2007 brachte er seine Firmengruppe in die Media Swiss AG in Teufen ein, welcher die Gate 24 gehört. Ende 2007 kaufte Ringier die Media Swiss AG. Die Gruppe zählt heute 420 Mitarbeitende, wovon 200 im freiburgischen Flamatt. Dort hat das Unternehmen im Jahr 2008 ein neues Firmengebäude gemäss Minergiestandard gebaut. Nun wird es laut Grossen bereits zu klein, weshalb auf dem heutigen Parkplatz ein zweites, gleich grosses Gebäude geplant werde.

Grossen widmet sich künftig seinem Family Office, der «Grossen Invest AG». Über die Firma will sich Grossen an anderen Unternehmen beteiligen. (-/-)

Ordensschwwestern wollen Freiburger Zeitungen verkaufen

Die Schwestern des Pauluswerkes, denen die Freiburger Paulusdruckerei gehört, möchten sich aus dem Medienmarkt zurückziehen. Das Unternehmen, das unter anderem die Freiburger Zeitung «La Liberté» herausgibt, sucht nun neue Partner. Die Paulusdruckerei möchte einen Partner, der zunächst mit einer Minderheitsbeteiligung einsteigt und diese später aufstockt, wie Albert Noth, abtretender Direktor der Paulusdruckerei, auf Anfrage sagt. Er bestätigte entsprechende Angaben in einem Bericht der heute erscheinenden Ausgabe des Westschweizer Magazins «Bilan». Spätestens in drei Jahren sollte die Nachfolge geregelt sein.

Noth verwies auf das Durchschnittsalter der Ordensschwwestern von 77 Jahren. Aus diesem Grund möchten sie sich aus der Mediengruppe zurückziehen, auch wenn noch kein Zeitdruck bestehe. Zum Orden gehören 110 Schwestern, von denen rund 60 in der Schweiz leben.

Die Paulusdruckerei publiziert neben «La Liberté» auch die Zeitung «La Gruyère». Sie besitzt eine Druckerei, zwei Buchhandlungen, zwei Verlagshäuser sowie Beteiligungen an Radio Freiburg, La Télé, «Freiburger Nachrichten» und «Le Quotidien Jurassien». (sda)

Klonfleisch: Europas Verbraucher bleiben unwissend

Die EU-Staaten und das Europaparlament können sich nicht auf Regeln für Fleisch von Klontieren und deren Nachkommen einigen.

Stephan Israel, Brüssel

Europas Konsumenten werden es auch in Zukunft nicht so genau wissen. Stammt das Fleisch oder die Milch von einem geklonten Tier oder von dessen Nachkommen? Die Mitgliedsstaaten und das EU-Parlament konnten sich gestern nicht auf Regeln für Vermarktung und Kennzeichnung einigen. EU-Staaten und Parlament gaben sich in Brüssel gegenseitig die Schuld dafür, dass Lebensmittel von geklonten Tieren auf den Tellern der unwissenden Verbraucher landen.

Einig waren sich Mitgliedsstaaten und Parlament nur darin, dass Fleisch und Milch von Klontieren selbst verboten werden sollte. Für die EU-Abgeordneten war dies ohnehin nicht das Thema: «Kein Landwirt wird 100 000 Euro für einen geklonten Stier ausgeben, um daraus Hamburger zu machen», sagte der italienische Berichterstatter Gianni Pittella. Tiere werden für Zuchtzwecke geklont. Umstritten war, wie mit den Nachfahren der geklonten Eltern umzugehen ist.

Auch hier setzten die Parlamentarier sich zu Beginn der insgesamt dreijährigen Verhandlungen für ein Verbot ein. Zuletzt wären die Abgeordneten zum Kompromiss bereit gewesen, forderten aber mit Blick auf die Skepsis in der Bevölkerung eine allgemeine Kennzeichnungspflicht für Fleisch und Milchprodukte der Nachkommen geklonter



Waren ihre Eltern geklonte Tiere? Das wird man vorerst nicht erfahren. Foto: Colourbox

Tiere. Der Italiener Pittella sprach von einem «absoluten Minimum». Die Konsumenten hätten das «heilige Recht», zu wissen, was auf ihrem Teller lande. Die Mitgliedsstaaten hätten unter dem Druck der Lebensmittelindustrie blockiert. Ungarn als EU-Vorsitzland und Wortführer der Mitgliedsstaaten warf den Abgeordneten umgekehrt eine verantwortungslose Haltung vor. Der Kompromissvorschlag sei nicht praktikabel und hätte zu einem neuen Handelskrieg mit den USA geführt. Die Kennzeichnungspflicht hätte «für jedes Stück Käse oder Salami einen Stammbaum nötig gemacht». In der Schweiz bedauerte das Bundesamt für Gesundheit (BAG) das Scheitern der Verhandlungen in der EU. Die Tatsache, dass weiterhin offen sei, wie sich das europäische Umfeld entwickle, mache es auch für die Schweiz schwierig.